

Spektrum

ZUSAMMENGESTELLT VON
JOHANNES THOMAS

Französisch (-deutsche?) Industriepolitik

Als am 26. April 2004 bekannt wurde, dass Sanofi-Synthélabo die Übernahme des wesentlich größeren deutsch-französischen Pharma-Konzerns Aventis gelungen war, jubelten die französischen Medien einhellig über einen Zusammenschluss, der Frankreich zum Standort des drittgrößten Pharmakonzerns der Welt macht. Held der Woche war der neue französische Finanz- und Wirtschaftsminister Nicolas Sarkozy. Sarkozy hatte die beiden Firmenchefs zusammengebracht und Sanofi mit Erfolg gedrängt, ein um mehrere Milliarden erhöhtes Übernahmeangebot zu machen und damit den schweizerischen Wunschpartner von Aventis, Novartis, auszustechen. Novartis erhöhte daraufhin sein eigenes Angebot nicht mehr, und zwar mit dem Hinweis auf den Druck durch die französische Regierung. Auch Premierminister Jean-Pierre Raffarin konnte sich zugute halten, die franko-französische Lösung mit herbeigeführt zu haben. Er hatte wegen der von Aventis hergestellten Impfstoffe ein dringendes nationales Interesse am Verbleib der Firma in Frankreich geltend gemacht. Nun hat also Frankreich im Pharma-Sektor endlich einen jener „nationalen Champions“ in der Weltliga, die das erklärte Ziel französischer Industriepolitik sind („Le Figaro économie“, 28.4.2004).

Ein durchweg überzeugender Erfolg deutsch-französischer Kooperation war Aventis nicht gewesen. Bei einem Umsatz von 16,8 Milliarden Euro in 2003 (Sanofi-Synthélabo: 8,05 Milliarden) hatte Aventis einen Gewinn nach Steuern von nur 2,4 Milliarden ausgewiesen (Sanofi-Synthélabo: 2,1 Milliarden). Das von Anfang an relativ schlechte Abschneiden von Aventis ist immer wieder auch mit den Reibungsverlusten erklärt worden, die durch die binationale Struktur bedingt gewesen seien. Auch deshalb versprechen sich die Märkte von dem neuen Konzern eine durch solche Rücksichtnahmen nicht mehr behinderte straffere Führung („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 27.4.2004). Dass in dem neuen Konglomerat die in Aventis aufgegangene und dort bis April 2004 gleichberechtigte deutsche Pharma-Firma Höchst keine gleichberechtigte Rolle mehr spielen wird und damit auch deutsche Industrie- und Forschungsinteressen berührt sind (der Großteil der Forschungs- und Entwicklungslabors von Aventis befindet sich in Deutschland), störte in Frankreich offenbar niemanden. Dabei hatten Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder noch beim Blaesheim-Treffen am 9. Februar 2004 in Genshagen gemeinsam erklärt, dass eine staatliche Einmischung in den Übernahmeversuch nicht infrage komme. Chirac hatte auf der anschließenden Pressekonferenz noch einmal zu Protokoll gegeben: „Was Sanofi angeht, so sind das private Angelegenheiten, die an der Börse notiert werden, und die Entwicklungen hängen nicht von den Regierungen ab.“ (Siehe „Das Dokument“, DOKUMENTE 2/2004). Dass der Chef von Sanofi sein persönlicher Freund ist, erwähnte er ebenso wenig wie die Tatsache, dass die von ihm kontrollierte Regierung unter Raffarin eine massive Einmischung plante, an der er sich auch persönlich beteiligen würde („Le Monde“, 25./26.4.2004). Zur Beschwichtigung deutscher Einwände verwies Raffarin darauf, hier sei es nicht um Vorteile für

Frankreich gegangen, sondern darum, „einen Beitrag zur europäischen Entwicklung zu leisten.“ („Le Figaro“, 27.4.2004).

Kommt es zum Bündnis von Siemens mit Alstom?

Die zurückhaltende Reaktion der deutschen Regierung auf die massive Intervention des Partners – man beschränkte sich auf Mahnungen zur Neutralität („Le Monde“, 25./26.4.2004) – wurde zwar mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, aber dann mit Vermutungen über ein Gegengeschäft für Siemens erklärt, dessen Zustandekommen derzeit eher unwahrscheinlich ist. Siemens hatte schon seit längerem sein Interesse an einem Einstieg bei dem finanziell schwer angeschlagenen Konzern Alstom erkennen lassen. Konkret hat sich Siemens an der Übernahme der Turbinensparte von Alstom, erst ganz zuletzt auch an der Bahnsparte (TGV) interessiert gezeigt.

Als Sarkozy erklärte, er könne sich eine solche Lösung überhaupt nicht vorstellen, Alstom müsse ungeteilt erhalten werden und französisch bleiben („Le Figaro économie“, 17./18.4.2004), tat immerhin der deutsche Wirtschaftsminister Wolfgang Clement seinen Unmut kund. „Offenbar sei es Ziel französischer Politik, in Kernmärkten ein starkes nationales Unternehmen ‘notfalls mit staatlichen Geldern’ zu platzieren. Mit dieser Politik werde der Wettbewerb ‘für Deutschland mit seiner offenen Marktwirtschaft verzerrt’, klagte der Minister und warnte, die europäische Industriepolitik stehe an einer ‘Wegscheide’. Mit Sorge betrachte er auch die Bemühungen, Lösungen für den angeschlagenen Technologiekonzern Alstom zu finden. ‘Da ist wieder Staatsinterventionismus am Horizont’, der den Siemens-Konzern benachteiligen könnte. Im Schiffbau könne ähnliches drohen.“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8.5.2004)

EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti hat inzwischen (24.5.2004) die Genehmigung einer staatlichen Unterstützung mit mehr als 3 Milliarden Euro für Alstom an die Bedingung geknüpft, dass Alstom sich von kleineren Firmenteilen trennt und einen Zusammenschluss mit einem ausländischen privaten Unternehmen akzeptiert. Die von Sarkozy privilegierte Verbindung mit dem staatlichen Energiekonzern Areva ist damit zwar vom Tisch. Es bleibt aber sein großer Erfolg, dem Wettbewerbskommissar das Einverständnis für die wettbewerbsverzerrenden staatlichen Beihilfen und zugleich eine Frist von vier Jahren für den Rückzug des Staates aus Alstom abgerungen zu haben. Ähnliches Durchsetzungsvermögen hat kein deutscher Politiker bislang vermelden können. Wie die industrielle Landschaft in vier Jahren aussehen wird, vermag heute niemand zu sagen. Jedenfalls ist Siemens fürs erste ausgebootet. Dass das Treffen zwischen Schröder, Clement, Raffarin und Sarkozy am 1. Juni (nach Redaktionsschluss) in Berlin zu wesentlichen Änderungen der Situation führen wird, darf man bezweifeln. Sarkozy hat deutlich genug zu erkennen gegeben, dass er bei der Verteidigung „nationaler Interessen“ auf deutsch-französische Freundschaftslyrik keine Rücksicht zu nehmen bereit ist.

Der Alstom-Chef Patrick Kron erklärt derweil, es gebe keine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit Siemens. Andere Wettbewerber seien hingegen willkommen. Als Interessenten gelten Asean Brown Boveri und Mitsubishi, also nicht-deutsche Firmen. Sarkozy hat bisher nicht geäußert, wie er zu diesen Vorstellungen steht.

Eine „EADS“ der Werften

Clements Warnung „im Schiffbau könne ähnliches drohen“, ist unmittelbar einleuchtend. Bereits im vergangenen Herbst wurde bekannt, dass Frankreich eine Zusammenlegung deutscher und französischer Werften wünscht und Bundeskanzler Schröder dieses

Vorhaben unterstützt. Paris geht davon aus, dass die zu 100 Prozent staatlichen Werften (DCN) gemeinsam mit der staatlich kontrollierten Rüstungsfirma Thales (gemeinsam 3,5 bis 4 Milliarden Euro Umsatz) dabei die Industrieführerschaft übernehmen. Zuvor sollten sich aber deutsche Werften unter Einchluss von HDW/Kiel zusammenschließen. Hier ist der erste Schritt inzwischen getan. Thyssen-Krupp und die amerikanische Investorengruppe One Equity Partners (OEP), die HDW gekauft hatte, haben sich am 16. März 2004 darauf geeinigt, die Thyssen-Krupp-Werften und die Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) zu einem Verbund unter Führung der Thyssen-Krupp-Werften GmbH zu fusionieren. Damit entsteht nun eine Unternehmensgruppe mit den Werften Blohm + Voss in Hamburg, Nordseewerke GmbH in Emden, HDW in Kiel, Kockums AB in Schweden und Hellenic Shipyards Co. in Griechenland. Der neue Verbund hat ein Umsatzvolumen von etwa 2,2 Milliarden Euro und er beschäftigt 9 300 Mitarbeiter.

Die beteiligten Werften sind im konventionellen U-Boot-Bau und im modernen Überwasser-Marineschiffbau Technologieführer. Der Weltmarktanteil bei U-Booten beträgt etwa 75 Prozent, bei Fregatten/Korvetten 60 Prozent. Die beim U-Boot-Antrieb eingesetzte Brennstoffzellentechnik hat gegenüber dem in Frankreich, den USA oder Großbritannien bisher bevorzugten atomaren Antrieb den Vorzug, dass sie keine Ortung über Wärmequellen erlaubt, dabei aber ähnlich lange Tauchzeiten ermöglicht wie ein Atomtrieb. Dass bei der „EADS“ der Werften deutsche Privatfirmen, die sich am Weltmarkt erfolgreich behaupten, unter die Regie der wesentlich größeren staatlichen Firmen aus Frankreich gerieten, scheint in der deutschen Politik nur *Clement* zu stören. Dabei gibt es zu diesem Szenario derzeit allerdings auch kaum eine vernünftige Alternative. Da OEP ihren Anteil in einem oder zwei Jahren verkaufen will und ThyssenKrupp im vergan-

genen Jahr ausdrücklich erklärt hat, sich möglichst bald aus dem Werftgeschäft zurückziehen zu wollen, scheint die Übernahme der deutschen Werftaktivitäten durch französische Staatsfirmen, die letztlich vom Élysée gesteuert werden („Le Figaro“, 27.4.2004), unausweichlich („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 18.5.2004).

Die ordnungspolitischen Einwände des deutschen Wirtschaftsministers werden heute nur durch den Verband für Schiffbau und Meerestechnik gestützt. Der sieht in Europa einerseits sehr große, häufig ineffiziente Staatsbetriebe (Frankreich, Spanien, Italien), andererseits schlagkräftige, aber deutlich kleinere Privatunternehmen (Deutschland, Niederlande), die im Wettbewerb letztlich gegen ‘Staatskassen’ antreten müssten. So komme es zu einer negativen Marktauslese zugunsten weniger leistungsfähiger, aber höher subventionierter Firmen. Eine Fusion unter Gleichen sei unter solchen Bedingungen nicht denkbar. Dieser Einwand ist zwar zutreffend, aber politisch bedeutungslos. Dennoch wird man angesichts der Überkapazitäten in diesem Sektor fragen dürfen, an welchen Standorten eine Werftindustrie unter Führung eines französischen Staatskonzerns am ehesten Kapazitäten abbauen wird.

Eine „EADS“ der Flugzeugmotorenbauer?

Die ebenfalls angestrebte Bildung einer „EADS“ der Flugzeugmotorenbauer unter Führung der französischen Snecma, die von *Chirac* gewünscht und von *Schröder* befürwortet worden ist, kam bisher nur deshalb nicht zustande, weil Snecma als bisher 100-prozentige Staatsfirma nicht zum Zuge kommen konnte, ganz abgesehen davon, dass die Franzosen für FiatAvio nicht den geforderten Kaufpreis zahlen wollten. Die deutsche MTU wurde von Daimler Chrysler vor dem Auschlachten durch den französischen Konkurrenten gegen den Willen der deutschen Regierung fürs erste dadurch gerettet, dass sie

an einen amerikanischen Finanzinvestor verkauft worden ist, der MTU in einigen Jahren an die Börse bringen will. Da Snecma bis dahin wenigstens zum Teil privatisiert sein wird, können dann die Karten neu gemischt werden.

Außenpolitische Gemeinsamkeiten und Divergenzen

Bei aller demonstrativen Übereinstimmung zwischen Berlin und Paris in Fragen der Europa-, aber etwa auch der Irak- und Nahostpolitik kommt es immer wieder auch zu unterschiedlichen Bewertungen und Stellungnahmen, die weiteren Abstimmungsbedarf sichtbar machen. Als etwa Algerien am 25. März 2004 eine Resolution in den UNO-Sicherheitsrat einbrachte, mit der die gezielte Tötung des Hamas-Führers Jassin durch die israelische Armee verurteilt werden sollte, ließ das unterschiedliche Abstimmungsverhalten beider Länder divergente Grundorientierungen erkennen. Deutschland und Großbritannien enthielten sich der Stimme, weil die Resolutionsbefürworter den Vorschlag nicht akzeptierten, zugleich auch die Hamas wegen Terrors gegenüber der israelischen Zivilbevölkerung anzuklagen. Die USA legten aus dem gleichen Grund ihr Veto ein. Frankreich stimmte hingegen unter anderem mit China, Russland, Brasilien und Pakistan für die Resolution („Le Figaro“, 27./28.3.2004).

Zu einer ähnlichen Konstellation kam es einen Monat später bei der Abstimmung der europäischen Außenminister über die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China. Für den neuen französischen Außenminister Michel Barnier war ebenso wie für seinen Vorgänger Dominique de Villepin „die Logik dieses Embargos“ überholt, das nach der blutigen Niederwerfung einer Demonstration für Demokratie auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989 verhängt worden war. Sie stehe heute im Widerspruch „zur strategischen Partnerschaft, welche die

Union mit diesem großen Land vereinbart hat“. Großbritannien und Deutschland meinten hingegen, angesichts der problematischen Menschenrechtslage im Reich der Mitte sei das jetzt nicht der Zeitpunkt, die Sanktionen aufzuheben. Ebenso dachten Schweden, Dänemark, Irland und die Niederlande, so dass am Ende Frankreich mit seinem Wunsch chancenlos dazustehen schien („Le Figaro“, 27.4.2004). Wenige Wochen später aber erklärte der deutsche Bundeskanzler, auch Deutschland wolle die Aufhebung des Embargos. Die Bedenken des Auswärtigen Amtes, die sich nicht nur auf die Menschenrechtslage bezogen, sondern auch auf die Möglichkeit, dass China europäische Waffen gegen das demokratische Taiwan und im Gefolge auch gegen dessen Schutzmacht, die USA, einsetzen könnte, waren im Kanzleramt offenbar mit Rücksicht auf Chirac bedeutungslos.

Unterschiedliche Bewertungen zwischen dem Auswärtigen Amt und Frankreich sind nicht neu. Dabei ist das Kanzleramt, wie schon in der Frage der deutsch-französischen Union offenbar geworden (siehe „Spektrum Politik“, DOKUMENTE 6/2003), im Zweifel bereit, Paris zu folgen. So hatte etwa der deutsche Außenminister ein Konzept für den Nahen und Mittleren Osten entwickelt, das mit den amerikanischen Plänen für diese Region verknüpfbar sein sollte. Frankreich wünschte daraufhin, dass die Position von Joschka Fischer „zurechtgerückt würde“, zitierte „Le Monde“ einen französischen Diplomaten (4.3.2004). Der deutsche Bundeskanzler stimmte denn auch gleich einem französischen Vorschlag zu, der auf eine strikte Trennung der Instrumente der EU von denen der NATO abzielte. Nach diesem Muster wird sich Paris nun wohl auch mit dem Wunsch nach Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China durchsetzen.

Umgekehrt teilt Jacques Chirac keineswegs Gerhard Schröders unbedingte Unterstützung für baldige Beitrittsverhandlungen mit der

Türkei. Aus dem Élysée-Palast hieß es ausdrücklich und in deutlichem Gegensatz zu sämtlichen früheren Erklärungen Chiracs, der Staatspräsident habe in der Türkei-Frage immer „eine ziemlich konstante Neutralität“ gewahrt. „Man kann nicht sagen, dass Frankreich die Kandidatur der Türkei vorantreibt oder blockiert“ („Le Figaro“, 9.4.2004). Damit sollte wohl der Widerspruch zwischen seiner immer wieder vorgetragenen Befürwortung einer zumindest langfristigen Beitrittsperspektive für die Türkei und der Haltung des (Noch-)Vorsitzenden der Präsidentenpartei, Alain Juppé, übertüncht werden. Juppé hat die UMP auf eine Ablehnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei festgelegt und stattdessen eine „privilegierte Partnerschaft“ angeboten, ein Begriff, den er sich bei Angela Merkel geborgt hat. Inzwischen hat sich Chirac aber auch selbst so kritisch zum Stand der Reformen in der Türkei geäußert, dass er die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur um den Preis des Selbstwiderspruchs befürworten könnte.

Chirac: Die Türkei erfüllt nicht die Kopenhagener Kriterien

Auf seiner Pressekonferenz zu Europa vom 29. April 2004 führte der französische Staatspräsident unter anderem aus: „Man muss hier zwei Fragen unterscheiden: Ist der Beitritt der Türkei an sich wünschenswert, und ist zweitens der Beitritt der Türkei möglich und ist er vor allem heute möglich? [...]

Zur ersten Frage: Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union ist sicherlich kurzfristig nicht wünschenswert. Ich bin allerdings überzeugt, dass er es langfristig ist, wenn die positiven Entwicklungen, die wir heute in diesem Land beobachten, sich bestätigen. [...]

Zweite Frage: Ist der Beitritt der Türkei heute möglich? Und hier muss man mit Nein antworten. Denn für den Beitritt zur Union müssen alle Beitrittskriterien erfüllt sein,

und das ist heute nicht der Fall. Die Beitrittskriterien, das heißt die Verpflichtungen in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte sowie Wirtschaft, erfüllt die Türkei heute nicht. Die Türkei hat ohne Zweifel seit einigen Jahren Fortschritte gemacht und unsere Kriterien in den verschiedenen Bereichen erfüllt, aber es bleibt noch einiges zu tun. [...] Das drückt die Entschlossenheit der Türken aus, die Kriterien von Kopenhagen einzuhalten. Eine Sache ist jedoch, die Texte zu wählen, eine andere, sie korrekt anzuwenden. Und da, glaube ich, hat die Türkei noch etwas zu tun. Es bestehen noch viele Probleme fort, das sehen wir an der Situation der Menschenrechte, am Schutz kultureller und religiöser Minderheiten, an der Reform des Justizsystems. Es gibt einige Bereiche, in denen noch große Fortschritte zu erzielen sind.“ (Quelle: Französische Botschaft, Berlin)

Sorgen vor schwindendem französischem Einfluss in Europa?

Folgt man den Kommentaren, etwa des integrationsfreundlichen EU-Parlamentariers Jean-Louis Bourlanges oder des europapolitischen Fachmanns von „Le Monde“, Arnaud Leparmentier, so hat Frankreich an Einfluss in Europa verloren. Der Niedergang der Rolle Frankreichs habe schon 1997 in Amsterdam begonnen, als Frankreich die Kommission verkleinern wollte, aber die kleineren Länder sich dagegen sträubten und sie bei Helmut Kohl Unterstützung fanden. Zwecks Erhaltung einer arbeitsfähigen Kommission verzichteten in der Folge die großen Länder beim Ratgipfel in Nizza im Jahr 2000 darauf, wie bisher zwei Kommissare für sich zu beanspruchen. Das habe zu einem erheblichen Bedeutungsverlust der großen Länder und damit auch Frankreichs innerhalb der Kommission geführt.

Anders als Deutschland habe Frankreich es sodann versäumt, seine Position über das Europaparlament zu stärken. Deutschland habe in Nizza 99 Sitze zugesprochen bekom-

men, während die Anzahl der Sitze für Frankreich von 87 auf 72 gesunken sei. Heute stellen die Deutschen in den beiden wichtigsten Fraktionen, der der Europäischen Volkspartei und der der Sozialisten, die stärkste Gruppe, während Frankreich hier nur die viert- (SPE) oder fünftgrößte (EVP) Gruppe bilde. („Le Monde“, 27.11.2003). 55 Prozent der französischen Europa-Abgeordneten verteilen sich auf andere Gruppierungen und fielen im Übrigen durch eine besonders hohe Abwesenheitsquote auf („Le Monde“, 25.10.2003). Das offenkundige Desinteresse der französischen Abgeordneten führe dazu, dass sie bei der Einhaltung der Präsenzpflichten an vorletzter Stelle lägen. Oft kämen auf 50 Briten nur 10 Franzosen trotz gleicher Anzahl von Sitzen („Le Figaro“, 17./18.4.2004).

Inzwischen ist das Thema auch vom französischen Staatspräsidenten aufgegriffen worden. Auf seiner großen Pressekonferenz zu Europa am 29. April 2004 erklärte Chirac: „Im Laufe der Verbesserungen der europäischen Institutionen hat der Einfluss des Parlamentes zugenommen. Ich muss feststellen, dass das Gewicht und der Einfluss Frankreichs innerhalb des europäischen Parlamentes ungenügend und nicht auf der Höhe der Herausforderungen für unser Land sind. Ich möchte, dass die künftigen französischen Abgeordneten es verstehen, sich zusammenzuschließen, insbesondere innerhalb der wichtigsten Formationen des Parlamentes, wo sich die wahre Entscheidungskraft der Versammlung befindet, und so gut wie möglich Gehör finden und mit der Stimme Frankreichs sprechen. Darüber hinaus möchte ich unterstreichen, dass die Wahl in das Europäische Parlament in Straßburg ein Vollzeitengagement erfordert, um seiner

Aufgabe gerecht zu werden.“ (Quelle: Französische Botschaft, Berlin).

In die gleiche Kerbe schlägt der sozialistische Abgeordnete Jacques Floch mit einem Bericht, der am 12. Mai 2004 von der Europa-Gruppe der französischen Nationalversammlung angenommen worden ist. Floch stellt unter anderem fest, dass der Status des Französischen als der am zweithäufigsten in den europäischen Institutionen verwendeten Sprache nicht gefährdet, aber seine Verwendung insgesamt doch rückläufig sei. So seien die Beitrittsverhandlungen selbst mit den osteuropäischen Mitgliedern der Frankophonie auf Englisch geführt worden. Frankreichs Position in Europa werde vor allem dadurch geschwächt, dass es nach Italien (140) deutlich die meisten Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht (136; Deutschland: 90) zu verantworten habe, den Stabilitätspakt nicht einhalten könne und eine staatliche Industriepolitik betreibe, die gegen die Gemeinschaftsregeln verstoße. Zur Rolle als „schlechter Schüler“ Europas, die Frankreich in diesen Fragen spiele, komme belastend hinzu, dass dem Land weiterhin beharrlich das negative Image seiner Arroganz anhafte. Schließlich hob Floch auch die bekannte Abwesenheit französischer Europaabgeordneter hervor sowie den Umstand, dass auch die französischen Minister im Ministerrat kein Interesse an Europa zeigten. Der frühere Innenminister Nicolas Sarkozy etwa habe seine europäischen Kollegen nur einmal mit seiner Anwesenheit beehrt, während der deutsche Innenminister keine Sitzung versäumt habe. Lediglich in den höchsten Rängen der EU-Beamten sei Frankreich zufriedenstellend vertreten. Es sei weiterhin die Nation, die die meisten Beamten stelle („Le Figaro“, 13.5.2004; „Le Monde“, 18.5.2004).